

**Gemeinsame Presseinformation**  
ver.di Bezirk Bochum-Herne  
Protestkomitee „gegen Studiengebühren“ an der Ruhr-Universität Bochum

**ver.di-Streik geht weiter**

## **Beschäftigte und Studierende demonstrieren gemeinsam**

**Der Streik an der Ruhr-Uni, den Medizinischen Einrichtungen und der Fachhochschule Bochum wird ab dem 18. April fortgesetzt. Für den 18. und 19. April rufen Beschäftigte und die Studierende erstmals gemeinsam zu Aktionen gegen Arbeitszeitverlängerung, Studiengebühren, Bildungs- und Sozialabbau auf. Beide Gruppen wollen deutlich machen: Studiengebühren und der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten sind zwei Seiten derselben Medaille.**

Gepplant ist für den kommenden Mittwoch eine Demonstration von der Ruhr-Universität in die Innenstadt. Am Tag davor findet eine Forumsdiskussion und Kundgebung statt. Dort werden unter anderem französische AktivistInnen von der erfolgreichen Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Studierenden im Kampf für den Erhalt des Kündigungsschutzes in Frankreich berichten.

### **Debatten gleichen sich**

Am 5. April haben die Bochumer Hochschulbeschäftigten ihren Arbeitskampf begonnen. Sie streiken gegen die Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 41 Stunden pro Woche. „Jede Arbeitszeitverlängerung bedeutet den Abbau weiterer Stellen im öffentlichen Dienst“, ist für Martin Degeling vom studentischen Protestkomitee 'gegen Studiengebühren' klar. Vor allem aber werde jetzt deutlich, wie sich die Debatten über Arbeitszeitverlängerung und Studiengebühren gleichen: „Beide Forderungen sind unsozial und werden mehr Probleme verursachen als lösen. In beiden Fällen heißt es, es sei kein Geld da. Nicht erklärt wird, warum die Kassen leer sind und weshalb wir für eine falsche Steuerpolitik zur Kasse gebeten werden sollen, während Unternehmen und große Einkommen weiter entlastet werden.“

### **Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik**

Peter Neubauer von Ver.di freut sich, dass Hochschulbeschäftigte und Studierende gemeinsam handeln. „Die Situation wird für beide Gruppen immer prekärer. Stellenkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen und Lohnabbau einerseits, der Rückzug aus der Hochschulfinanzierung und Studiengebühren andererseits – das alles sind Wegweiser zu einer grundsätzlich anderen Hochschulpolitik in NRW.“ Der nächste Schritt sei das von

der schwarz-gelben Landesregierung geplante 'Hochschulfreiheitsgesetz': „Die Hochschulen sollen in Konkurrenz zueinander treten, nur die starken sollen überleben. Es drohen Privatisierung und Outsourcing.“, so Peter Neubauer weiter. Deshalb fordern die Studierenden und Beschäftigten gemeinsam eine bessere öffentliche Finanzierung der Hochschulen und ein Ende der Spar- und Privatisierungspläne. (Siehe Demonstrationaufruf im Anhang.)

*Dienstag, 18. April, 12 Uhr:*

**Forumsdiskussion und Kundgebung „Von Frankreich lernen“**

mit VertreterInnen der französischen Streik- und Protestbewegung (u.a.: LabourNet-Korrespondent Bernard Schmid, Paris). Ort: Forumsplatz Ruhr-Universität (vor Audimax).

*Mittwoch, 19. April, 10 Uhr:*

**Demonstration „gegen Arbeitszeitverlängerung, Studiengebühren und Sozialabbau!  
Für soziale und demokratische Hochschulen!“**

Treffpunkt: Forumsplatz Ruhr-Universität (vor Audimax), Demo-Route in die Innenstadt.

*Donnerstag, 27. April, 9:30:*

**Sitzung des Senats der Ruhr-Universität**

vermutlich mit der Entscheidung über die Einführung von Studiengebühren.

**Weitere Infos:**

- Für weitere Informationen stehen Ihnen unter der Telefonnummer 0175 2433453 **Peter Neubauer** (ver.di Bezirk Bochum-Herne) und unter 01715267495 **Martin Degeling** (Protestkomitee „gegen Studiengebühren“ an der Ruhr-Uni) zur Verfügung.
- Zum Protestkomitee „gegen Studiengebühren“ haben sich im Sommer 2005 aktive Studierende der Ruhr-Uni zusammengeschlossen, um den Widerstand gegen die drohende Einführung von Studiengebühren zu koordinieren. Mehr Informationen unter [www.protestkomitee.de](http://www.protestkomitee.de) <<http://www.protestkomitee.de/>>.
- Der Streik an den Hochschulen richtet sich gegen Arbeitszeitverlängerung, die Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzung des Weihnachtsgeldes. Gefordert wird die Übernahme des Tarifvertrags öffentlicher Dienst (TVöD) durch die Landesarbeitgeber. Bei den Kommunen und dem Bund ist der TVöD seit Oktober 2005 in Kraft. Mehr Informationen unter [www.verdi.de/nrw/bochum-herne](http://www.verdi.de/nrw/bochum-herne) <<http://www.verdi.de/nrw/bochum-herne>>.